

Offener Brief

Wo bleibt der Wums! in der Sozialpolitik?

Ehrenamt und Charity sind keine Lösung!

Jetzt Weichen stellen für eine inklusive soziale Versorgung in der Stadt!

Die Bundesregierung hat ein großes Konjunkturpaket aufgelegt (mit Wums!), das der Wirtschaft unter die Arme greifen soll.

In Hamburg steht der Koalitionsvertrag, der nicht allzu viel Neues enthält.

Es wäre zu erwarten gewesen, dass nach den Erfahrungen der Corona-Krise, in der sich die strukturellen sozialen Missstände in der öffentlichen Daseinsvorsorge deutlicher als zuvor mit ihren gefährlichen Konsequenzen zeigen, nun auch sozialpolitische Verbesserungen auf den Weg gebracht würden. Aber ernüchtert stellen wir fest, dass in den sog. unproduktiven Bereichen der Gesellschaft, das soziale Hilfesystem und die Care-Arbeit, seit eh und je Stiefkinder der Politik, keine strukturellen Veränderungen für mehr soziale Gerechtigkeit geplant werden. Über die kritische Frage, welche Arbeit und welche Infrastruktur politisch als „system-relevant“ eingestuft wird - freundlich beklatscht oder finanziell gut ausgestattet - lässt sich offenbar streiten.

Von der Bundesregierung erhalten Pflegekräfte als Dankeschön für ihren Einsatz einen einmaligen Bonus. In Bezug auf die Finanzierungs- und Betreibermodelle für Krankenhäuser und Pflegeheime oder auf deutliche Tarifsteigerungen für die Beschäftigten ist nichts zu hören. Auch von Plänen, die Ausbildung und Vergütung von Erzieher*innen zu reformieren, ist bisher keine Rede.

Und für Sozialleistungsberechtigte fällt außer dem einmaligen Familienbonus nichts ab. Im SGB II sind weiterhin keine deutliche Aufstockung der Regelsätze oder Rechtsansprüche auf die Finanzierung einer digitalen Ausstattung für Schüler*innen vorgesehen. Die Ausleihgeräte an Schulen in

ausreichender Zahl werden lange auf sich warten lassen. Strukturell soll also im Großen und Ganzen alles bleiben, wie es ist?

In Hamburg hätte die neue rot-grüne Regierung ein bisschen mehr politischen Mut nötig, um im Bereich der sozialen Leistungen konkrete Verbesserungen umzusetzen, die in ihrer Macht stehen. Ein echtes Sozialticket bspw., das seinen Namen verdient, ist seit Jahren überfällig. Besser noch: „HVV umsonst“ für Sozialleistungsberechtigte!

Um 180 Obdachlosen eine kurze Auszeit vom elenden Leben auf der Straße zu organisieren und sie in leeren Hotels unterzubringen, brauchte es die Initiative eines sozial-karitativen privaten Spenders. Die Stadt ruht sich auf der privaten Mildtätigkeit für die Zeit der Corona-Krise aus. Der strukturellen Krise im Bereich Obdach- und Wohnungslosigkeit wäre aber durch beherzte Abhilfemaßnahmen Rechnung zu tragen. Ist doch die

Richtigkeit des Housing-first-Ansatzes längst anerkannt, lässt sich Hamburg nur zu begrenzten Modellprojekten für kleine Zielgruppen hinreißen. Aber es ist einer Stadt wie Hamburg zuzumuten, so viel Geld anzufassen, wie nötig ist, um allen Obdachlosen eine würdige Unterkunft anzubieten, damit sie in der Gesellschaft wieder Tritt fassen können.

Im Sozialen Wohnungsbau sind Fortschritte und immerhin Ambitionen sichtbar, mehr vordringlich Wohnungssuchende zu versorgen, dennoch setzt Hamburg geradezu selbstgefällig seine zu kurz greifende Drittmix-Politik fort, obwohl es klar ist, dass mit einem knappen Drittel an gefördertem Wohnungsbau noch nicht einmal der Schwund an Sozialwohnungen ausgeglichen werden kann, die aus der Bindung fallen. Staatliche Daseinsvorsorge und bedarfsgerechte Planung macht es erforderlich, dass die Stadt selbst massiv in die soziale Bautätigkeit investiert und die Sozialbindungen verstetigt. Wohnen ist als Menschenrecht und zwar für alle anzuerkennen, nicht nur für privilegierte Bevölkerungsgruppen.

Überall wo Menschen schutzlos beengten,



gefährlichen und krankmachenden Lebensbedingungen ausgesetzt sind, so auch die von Hamburg in Sammelunterkünften untergebrachten Geflüchteten, versagen die Behörden und politischen Entscheidungsebenen vorsätzlich. Nicht erst in Zeiten der Pandemie - aber dann um so mehr! - haben Menschen ein Recht auf Wohnbedingungen, die den Schutz der Privatsphäre und der Gesundheit gewährleisten. Lagerähnliche Unterbringungsformen sind planmäßig aufzulösen und durch Wohnungen zu ersetzen.

Als die Tafeln dichtmachten, durch die sich viele verarmte Menschen auch in Hamburg mit Lebensmitteln versorgen, wurde offenbar, wie sehr sich die Sozialbehörde bereits darauf verlassen hat, dass die Lücken im Versorgungssystem durch ehrenamtliche Angebote gestopft werden. Nicht umsonst verweisen die Jobcenter oder Grundsicherungsämter immer wieder gern auf die Tafeln, als ob diese Teil der staatlichen sozialen Hilfen wären. Im Gegensatz dazu könnte sich Hamburg auf Bundesebene für eine deutliche Erhöhung der Regelsätze im SGB II, SGB XII und AsylbLG einsetzen.

Tausende Menschen leben in Hamburg ohne ein Aufenthaltsrecht oder ohne EU-Freizügigkeit und somit auch ohne eine Krankenversicherung. Und seit vielen Jahren beraten und versorgen Projekte wie das Medi-Büro, Andocken, Migranten Medizin, Westend, Praxis ohne Grenzen, Poliklinik, ehrenamtlich und nicht regelhaft finanziert, sondern durch Wohlfahrtsverbände oder Spenden, die Kranken durch ihre Netzwerke engagierter Ärztinnen und Ärzte. Sie alle leisten eine unverzichtbare Arbeit zur Abwendung sozialer Notstände, was von der Stadt Hamburg mittlerweile sogar gern gesehen und zum Zwecke der sozialen Imagepflege benutzt wird. Zur Unterstützung der Menschen ohne Krankenversicherung habe die Stadt im Übrigen, sagt der Senat, die Clearingstelle geschaffen, von der die Fachleute wissen, dass sie die meisten medizinischen Notfälle nicht regeln kann. Sollen die Projekte also gerne so weiter machen. Seit Jahren fordern diese den anonymen Krankenschein, damit die Kranken ohne Versicherung in der Stadt verlässlich versorgt werden können. Aber auch gegenüber dieser Forderung stellt sich Hamburg bisher taub. Dabei ist die medizinische Versorgung aller, auch

unabhängig vom Aufenthaltsstatus, durchaus ein Thema öffentlicher Sicherheit und definitiv eine sozialstaatliche Aufgabe. Spätestens jetzt, durch die Corona-Krise, wo klar wird, wie gefährlich und inhuman es ist, wenn so viele Menschen durch die Maschen fallen, muss die politische Sensibilität anspringen. Der anonyme Krankenschein ist gesellschaftlich mehr als vernünftig.

Die Stadt Hamburg stellt sich in mehrerer Hinsicht selbst ein Armutszeugnis aus. Der Senat könnte aber die Lehren der Krise für eine humanitäre Wende, für ein „sozialpolitisches Upgrading“ nutzen und in emanzipativer Weise die Systemrelevanz sozialer Sicherung neu ausdefinieren.

Es ist notwendig, den sozialpolitischen Herausforderungen mit einem neuen und nachhaltigen Maßnahmenpaket zu begegnen und endlich inklusive Modelle der Daseinsvorsorge zugunsten derjenigen Bevölkerungsgruppen zu verwirklichen, die bisher schlecht gestellt, ausgeschlossen oder vergessen wurden.

Anstatt, wie im Koalitionsprogramm angekündigt, mit einem „Teilhabe-Navigator“ den Menschen der Stadt bloß die Informationen zur Verfügung zu stellen, wo welche soziokulturellen Angebote in Anspruch genommen werden können, muss mehr materielle Substanz in der Sache geschaffen werden. Teilhabe funktioniert nicht lediglich über Information, sondern kann nur durch mehr Wums! gesteigert werden, (um ausnahmsweise in der Sprache Olaf Scholz' zu verbleiben).

Gesundheit, Pflege, Wohnen, gutes Leben und Bildung für alle sind unverzichtbar.

Die Sorge dafür darf der Senat nicht den humanitären und privaten Initiativen überlassen. Es geht nicht um Almosen, die karitativ zu erbringen sind, sondern um menschenrechtliche Ansprüche. Hamburg kann noch viel tun, um diesen gerecht zu werden.

AG Soziales der SOPO (Sozialpolitische Opposition)

Hamburger Netzwerk SGB II – Menschen Würde Rechte